



# Das Glas ist halb voll

**Globale Armut.** Noch immer lebt in den Entwicklungsländern jeder fünfte Mensch in absoluter Armut. Das heißt, diesen Männern, Frauen und Kindern stehen weniger als 1,25 Dollar am Tag zum Leben zur Verfügung. Trotzdem hat sich in den vergangenen 30 Jahren auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung einiges getan – selbst in den Problemregionen Afrikas.

Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen Anfang Oktober dieses Jahres haben die Staats- und Regierungschefs der 193 Mitglieds-

staaten dazu aufgerufen, die sogenannten Millenniumsziele verstärkt zu verfolgen. Zum Hintergrund: Im Jahr 2000 hatte die Staatengemein-

schaft beschlossen, dafür zu sorgen, dass sich das Leben der Menschen in den Entwicklungsländern bis zum Jahr 2015 deutlich verbessert.

Dazu wurden mehrere konkrete Ziele vorgegeben: Die Armut sollte deutlich verringert und Krankheiten sollten bekämpft werden, zudem wollte die Staatengemeinschaft im Kampf gegen den Hunger in der Welt und die in manchen Ländern hohe Kindersterblichkeit spürbare Fortschritte erzielen.

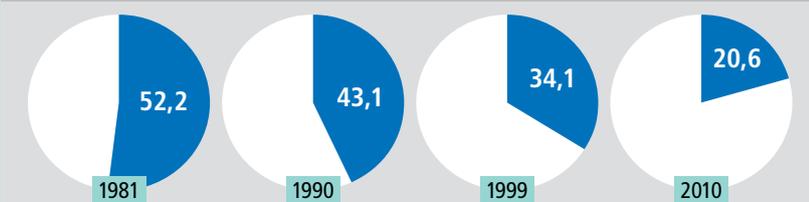
Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich auf diesen Gebieten durchaus einiges getan, am Ziel ist man aber noch nicht:

- **Gesundheit.** Obwohl es gelungen ist, die Sterblichkeitsrate von Kindern und Müttern deutlich zu senken und den Zugang zu Aids-Medikamenten zu verbessern, sind die ambitionierten Millenniumsziele bis 2015 nicht mehr zu erreichen. So starben in den Entwicklungsländern zuletzt 51 von 1.000 Kindern schon vor dem fünften Lebensjahr – das ist zwar ein Rückgang um rund 40 Prozent gegenüber 1990. Bis zum →

## Entwicklungsländer: Armut zurückgedrängt

So viel Prozent der Bevölkerung hatten pro Tag weniger als 1,25 Dollar zum Leben

Entwicklungsländer insgesamt



	Ostasien/ Pazifik	Südasiens	Subsahara- Afrika	Osteuropa/ Zentralasien	Latein- amerika	Mittlerer Osten/Nordafrika
1981	77,2	61,1	51,5	1,9	11,9	9,6
1990	56,2	53,8	56,5	1,9	12,2	5,8
1999	35,6	45,1	57,9	3,8	11,9	5,0
2010	12,5	31,0	48,5	0,7	5,5	2,4

Angaben: kaufkraft- und inflationsbereinigt; Quelle: Weltbank

iw Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 47

## Inhalt

**IW-Konjunkturumfrage.** Die deutsche Wirtschaft wächst im kommenden Jahr zwar, aber nur in bescheidenem Tempo.  
Seite 3

**Investitionen.** In fast ganz Europa investieren Staat und Unternehmen deutlich weniger als vor Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise.  
Seite 4-5

**KLIMAZUG.** Im Rahmen der Fördermaßnahme wurden über 150 Projekte zum Umgang mit dem Klimawandel angestoßen.  
Seite 6

**Nicht-monetäre Vergütungen.** Viele Firmen bieten ihren Mitarbeitern neben Gehaltserhöhungen auch mal ganz handfeste Extras an.  
Seite 7

**Gewerkschaften.** Bei der jüngsten Bundestagswahl haben die Gewerkschafter insgesamt immer noch mehrheitlich links gewählt.  
Seite 8

iw Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Präsident:  
Arndt Günter Kirchoff  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ Jahr 2015 sollte die Kindersterblichkeit aber um zwei Drittel gesunken sein.

- **Armut.** Das Ziel, die Armutsquote in den Entwicklungsländern zwischen 1990 und 2015 zu halbieren, ist bereits erreicht (Grafik Seite 1):

**Der Anteil der Menschen, die von weniger als 1,25 Dollar pro Tag leben müssen, betrug im Jahr 2010 weniger als 21 Prozent – 1990 lag die Quote noch bei 43 Prozent, im Jahr 1981 sogar bei 52 Prozent.**

Selbst die globale Finanzkrise hat diesen Trend nicht umgekehrt – nicht einmal zeitweise. Vielmehr ist die Armut auch in den Krisenjahren weiter zurückgegangen.

Besonders eindrucksvoll sind die Fortschritte in der Region Ostasien/Pazifik, wo der Anteil der absolut Ärmsten seit 1981 von über 77 Prozent auf unter 13 Prozent gesunken ist. Dahinter stehen vor allem die Erfolge in China – das Land ist für mehr als 90 Prozent des Rückgangs der globalen Armut verantwortlich (Grafik):

**Waren in China im Jahr 1981 noch über 830 Millionen Menschen absolut arm, so ist die Zahl bis zum Jahr 2009 auf knapp 160 Millionen gesunken – trotz eines kräftigen Bevölkerungswachstums.**

In den anderen Entwicklungsländern stieg die Zahl der Ärmsten bis zur Jahrtausendwende zwar weiter an – doch danach haben sich auch hier deutliche Fortschritte eingestellt: Seit 1999 geht immerhin knapp die Hälfte des Fortschritts bei der Armutsbekämpfung auf die Entwicklungsländer ohne China zurück.

Selbst aus Afrika südlich der Sahara gibt es gewisse Erfolge zu melden. Zwar bleibt die Situation dort angespannt. Denn aktuell lebt mehr als ein Drittel aller absolut Armen

in Subsahara-Afrika – 1981 waren es erst gut 10 Prozent.

Immerhin aber ist die Zahl der Ärmsten in der letzten Dekade mit einem Plus von 37 Millionen längst nicht mehr so stark gewachsen wie die Bevölkerung. Daher ist die Armutsquote in Subsahara-Afrika merklich zurückgegangen – von über 59 Prozent im Jahr 1993 auf knapp 49 Prozent im Jahr 2010. Ein Grund

dafür ist die bessere Wirtschaftsperformance in vielen afrikanischen Ländern südlich der Sahara (vgl. iwD 47/2012).

Grundsätzlich hat die ökonomische Aufholjagd der „Dritten Welt“ die Armutsbekämpfung maßgeblich erleichtert – zwei Drittel aller Fortschritte sind darauf zurückzuführen. Denn wo mehr produziert wird, kann auch mehr verteilt werden. So betrug das Wirtschaftswachstum der Entwicklungs- und Schwellenländer zwischen 2000 und 2010 jahresdurchschnittlich mehr als 6 Prozent, während es in den 1980er Jahren nur bei rund 3,5 und in den 1990er Jahren bei rund 4 Prozent lag.

Viele Länder haben inzwischen realisiert, dass die Bekämpfung der Armut auch das Wirtschaftswachstum beschleunigt. Denn die Wachstumsaussichten eines Landes verbessern sich, wenn die Arbeitskräfte gesünder sind und Kinder zur Schule gehen können, statt aus Geldmangel zu Hause mitarbeiten zu müssen.

Brasilien ist dabei mit einer neuen Form der Sozialpolitik zum Vorbild für viele Länder geworden. Kernelement ist die sogenannte Bolsa Familia – ein Sozialtransfer in bar. Diese Hilfe für Arme wird aber nur gezahlt, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Vor allem müssen Familien ihre Kinder impfen lassen und zur Schule schicken.

Die Armut wurde vielerorts aber auch durch Umverteilung zurückgedrängt – angefangen von Bodenreformen bis hin zu höheren Steuern für Vermögende.

Diskutiert wird ferner, über Straßenbenutzungsgebühren oder besondere Verbrauchssteuern für Luxusgüter die wachsende Mittelschicht in Afrika gezielt mit angemessenen Abgaben zu belasten.



# Wirtschaft kommt nur langsam in die Gänge

**IW-Konjunkturumfrage.** Die deutsche Wirtschaft wächst im kommenden Jahr zwar, allerdings nur in bescheidenem Tempo. Der leichte Konjunkturaufschwung dürfte in erster Linie zwei Ursachen haben: die steigende Produktion und die anhaltend gute Beschäftigungslage.

Wäre die deutsche Wirtschaft ein Auto, dann führe dieses momentan zwar schneller als im vergangenen Jahr – das derzeitige Tempo wird allerdings nicht reichen, um im kommenden Jahr auf die Überholspur zu wechseln.

Das ist das zentrale Ergebnis der Herbst-Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), an der sich mehr als 3.300 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft beteiligt haben. Zwar empfinden 37 Prozent der Betriebe die aktuelle Lage besser als im Vorjahr, und auch die Produktionsperspektiven haben sich deutlich aufgehellt. Doch im Vergleich zu früheren Konjunkturaufschwüngen – ganz zu schweigen von wirtschaftlichen Boomphasen – fallen diese Fortschritte sehr verhalten aus.

Deshalb geht das IW Köln nach wie vor davon aus, dass die deutsche Wirtschaft im Jahr 2014 nur um rund 1½ Prozent zulegen wird. Damit wird das hiesige Produktionspotenzial auch im kommenden Jahr noch nicht vollständig genutzt.

Die Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage im Einzelnen (Grafik):

- **Produktion.** Aktuell gehen rund 42 Prozent der Betriebe von einer Zunahme ihrer Produktion aus, nur 12 Prozent der Unternehmen rechnen für 2014 mit einer Abnahme. Mit einer gleichbleibenden Aktivität kalkulieren 46 Prozent der Betriebe, das sind in etwa genauso viele wie im Frühjahr.

Besonders optimistisch ist das Verarbeitende Gewerbe: 46 Prozent der Industrieunternehmen glauben, dass sie im kommenden Jahr mehr produzieren werden als in diesem Jahr. Unter den Herstellern von Investitionsgütern geht sogar mehr als die Hälfte der Betriebe von einem Produktionsplus aus.

- **Exporte.** Jene Unternehmen, die Waren und Dienstleistungen ins Ausland verkaufen, schauen heute ein klein wenig zuversichtlicher in

die Zukunft als im Frühjahr: Aktuell gehen 30 Prozent der Betriebe von steigenden Exporten aus, vor einem halben Jahr waren es erst 28 Prozent. Mit rückläufigen Ausfuhren rechnen knapp 12 Prozent der Unternehmen, das sind 3 Prozentpunkte weniger als in der Frühjahrsumfrage.

- **Investitionen.** Sie werden das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr nur in einem bescheidenen Maß begünstigen:

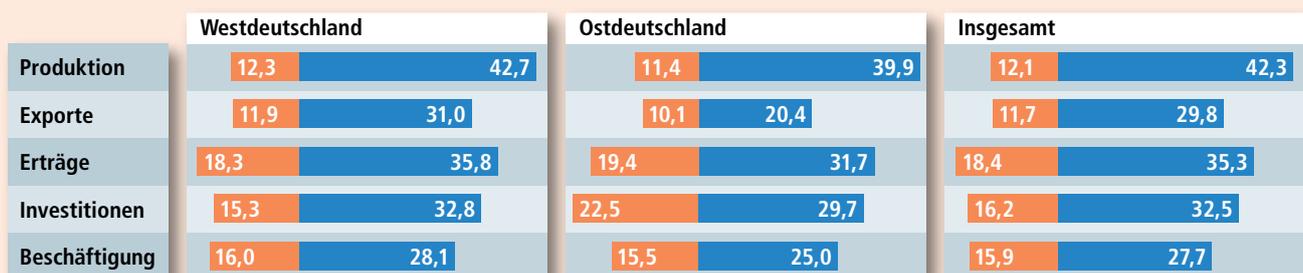
**Derzeit will annähernd ein Drittel der Firmen 2014 zusätzliches Geld für Maschinen und Anlagen in die Hand nehmen, den Rückwärtsgang wird ein Sechstel einlegen.**

Damit sind die Optimisten genauso stark vertreten wie im Frühjahr, lediglich der Anteil der Investitionsbremser ist seither um 6 Prozentpunkte geschrumpft.

- **Beschäftigung.** Der Arbeitsmarkt in Deutschland bleibt auf Expansionskurs: Fast 28 Prozent der Betriebe planen Neueinstellungen im kommenden Jahr, knapp 16 Prozent rechnen mit einem Personalabbau. Gut die Hälfte der Firmen will ihre Beschäftigung immerhin konstant halten.

## Konjunktur: Firmen sind verhalten optimistisch

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2014 eine ■ Abnahme der ... ■ Zunahme der ...



Rest zu 100: gleichbleibend  
Quelle: IW-Befragung von 2.616 Unternehmen in Westdeutschland und 689 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2013

# Wachstumssäule bröckelt

**Investitionen.** In fast allen europäischen Ländern investieren Unternehmen und öffentliche Hand inzwischen deutlich weniger Geld in neue Produktionsanlagen und die Infrastruktur als vor Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diesen Trend gilt es umzukehren, weil sonst Wachstumschancen verspielt werden. Damit potenzielle Investoren wieder Vertrauen in die Zukunft fassen, müssen die EU-Staaten vor allem ein glaubhaftes Konzept zum Abbau der Staatsschulden vorlegen.

Die jüngste Leitzinssenkung durch die Europäische Zentralbank hat es noch einmal deutlich gemacht: Es läuft nicht rund mit der Wirtschaft in Europa. Zwar dürfte in vielen Krisenländern das Schlimmste vorbei sein (vgl. iwd 44/2013). Doch ein kräftiger Anstieg der Wirtschaftsleistung ist nirgendwo in Sicht.

In dieses nicht allzu erfreuliche Bild fügt sich auch die Entwicklung der Investitionen ein, die für das künftige Wirtschaftswachstum eine entscheidende Rolle spielen. Denn wo die Unternehmen neue Produktionskapazitäten schaffen oder bestehende Anlagen auf den neuesten

Stand bringen und wo der Staat Geld in die Hand nimmt, um zum Beispiel die Verkehrswege auszubauen, werden die Grundlagen für das Wachstum von morgen gelegt.

Der Blick auf die Investitionen in Europa stimmt allerdings wenig optimistisch. Im Einzelnen:

**Investitionsvolumen stark geschrumpft.** In der Europäischen Union werden die Bruttoanlageinvestitionen – dazu zählen Investitionen in Maschinen, Geschäftsausstattungen, Fahrzeuge, Wohn-, Fabrik- und Bürogebäude sowie die gesamte private und staatliche Infrastruktur – in diesem Jahr voraussichtlich rund 2.300 Milliarden Euro betragen. Von

dieser Summe entfallen etwas mehr als 1.700 Milliarden Euro auf die Euroländer. Verglichen mit dem Rekordniveau des Jahres 2008 liegt das aktuelle Investitionsvolumen in der EU um gut 12 Prozent niedriger; im Euroraum wird der 2008er Wert sogar um fast 14 Prozent unterschritten. Die tiefe Investitionskrise zeigt sich auch in der Pro-Kopf-Rechnung: Die EU-Länder steckten im vergangenen Jahr durchschnittlich 4.600 Euro je Einwohner in neue Anlagen – das waren 700 Euro weniger als 2008.

**Investitionsanteil an der Wirtschaftsleistung gesunken.** Die Investitionen in Europa haben sich in den vergangenen Jahren zudem noch schwächer entwickelt als die Wirtschaft insgesamt (Grafik):

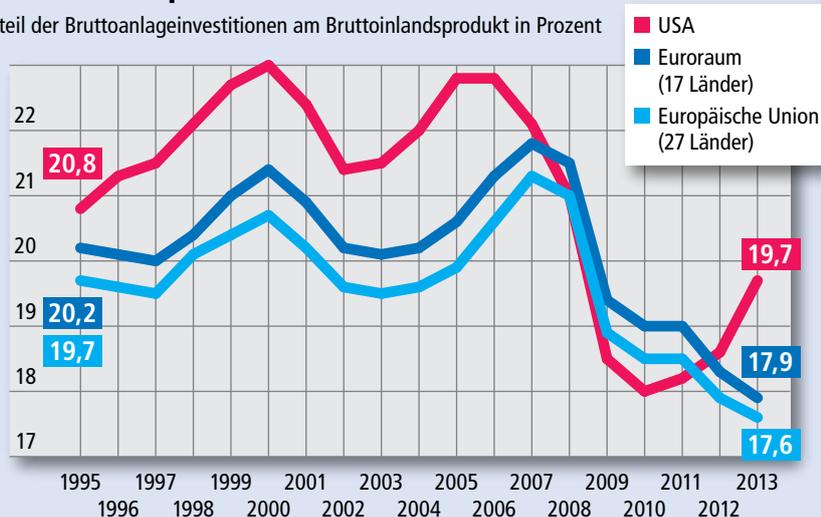
**Die Bruttoanlageinvestitionen betragen 2013 in der gesamten EU ebenso wie im Euroraum voraussichtlich weniger als 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das ist jeweils der niedrigste Wert seit Mitte der 1990er Jahre.**

Als zum Beispiel die New Economy zur Jahrtausendwende boomte – oder auch vor dem Ausbruch der globalen Finanzmarktkrise –, lag die Investitionsquote in Europa teils noch deutlich über 21 Prozent.

Aufschlussreich ist auch ein Vergleich mit der Entwicklung in den USA: Dort ging die Investitionsquote in den Jahren 2007 bis 2010 zwar noch stärker zurück als in Europa. Seitdem allerdings sind die Investitionen in den Vereinigten Staaten wieder deutlich angestiegen, während sie in den EU-Ländern weiter schrumpften.

## Investitionsquoten international

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in Prozent



Quelle: Eurostat

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 47

**Erhebliche Unterschiede innerhalb Europas.** Zwar haben viele Krisenstaaten wohl die härteste Phase hinter sich, dennoch geht es in einigen Ländern mit den Bruttoanlageinvestitionen auch in diesem Jahr weiter abwärts (Grafik). Zypern muss 2013 wohl sogar das größte Minus der vergangenen Jahre verbuchen. Generell war der Rückgang der Investitionen vor allem in jenen Ländern dramatisch, die von der Schuldenkrise betroffen waren:

**In Zypern, Griechenland und Irland sind die Investitionen seit 2008 um mehr als die Hälfte gesunken; in Spanien und Portugal verringerten sie sich um etwa 40 Prozent.**

Diese Zahlen sind selbst dann alarmierend, wenn man berücksichtigt, dass das frühere Investitionsniveau oft nicht tragfähig war – was zum Beispiel die geplatzte Immobilienblase in Spanien gezeigt hat.

Zwar gibt es auch einige EU-Staaten, die mit einem positiven Investitionstrend aufwarten können – allen voran Schweden, wo seit 2008 unterm Strich gut 20 Prozent mehr in neue Maschinen, Büros und Straßen investiert wurde.

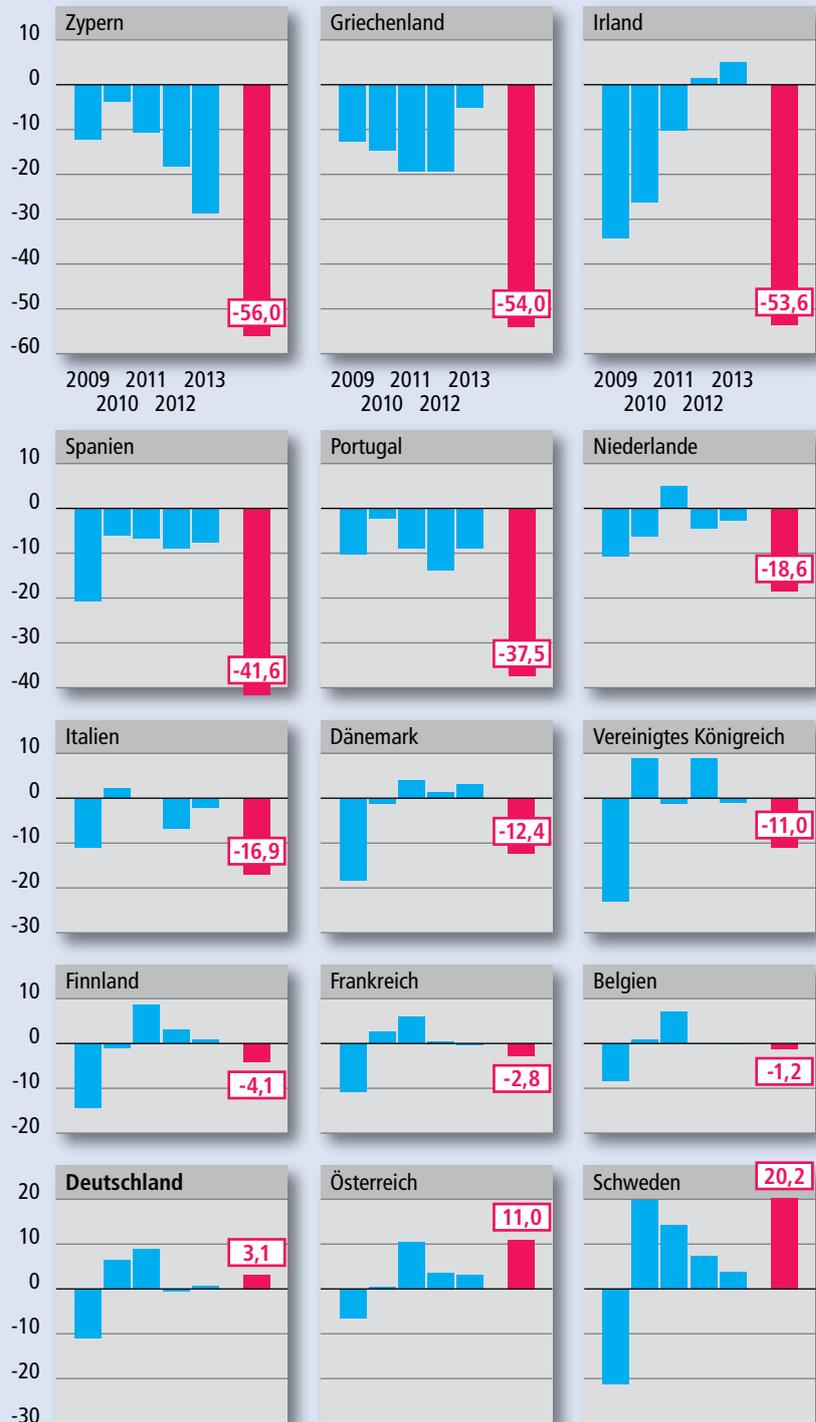
Doch in vielen anderen, ansonsten wirtschaftlich robusten Ländern bremste die Rezession in den Krisenstaaten die Investitionstätigkeit ebenfalls aus. Dies gilt nicht zuletzt für Deutschland, für dessen Unternehmen Europa nach wie vor ein wichtiger Markt ist: Die Anlageinvestitionen traten in der jüngsten Vergangenheit mehr oder weniger auf der Stelle.

Die Unternehmen halten sich vor allem deshalb mit Investitionen zu-

## Investitionen in Krisenländern kollabieren

Veränderung der nominalen Bruttoanlageinvestitionen gegenüber Vorjahr in Prozent

■ Veränderung von 2008 bis 2013 insgesamt in Prozent



Länderauswahl; Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d.47

rück, weil sie über den wirtschaftspolitischen Kurs in den einzelnen Ländern sowie in Europa insgesamt verunsichert sind. Denn noch immer können Betriebe und private Haushalte nicht absehen, welche Belas-

tungen im Zuge der Maßnahmen gegen die Staatsschuldenkrise noch auf sie zukommen könnten. Hier müssen die europäischen Regierungen baldmöglichst eine verlässliche Lösung finden.

# Erfolgreiche Netzwerke

**KLIMZUG.** Vom Hitzetelefon über Heutrocknungsanlagen bis hin zu mobilen Hochwasserschutzsystemen – im Rahmen der Fördermaßnahme „KLIMZUG – Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten“ sind über 150 Projekte angestoßen worden. Der Staat unterstützte dabei sieben Regionen mit mehr als 80 Millionen Euro. Nach fünf Jahren läuft KLIMZUG nun aus.

Welche Veränderungen durch den Klimawandel sind in Deutschland zu erwarten und wie können wir damit umgehen? Um diese Fragen zu beantworten, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008 die Fördermaßnahme KLIMZUG ins Leben gerufen. Aus zahlreichen Bewerbungen wurden sieben Modellregionen ausgewählt: Dresden, Nordhessen, die Emscher-Lippe-Region/Ruhrgebiet, Metropolregion Hamburg, Bremen-Oldenburg, die deutsche Ostseeküste und Berlin-Brandenburg. In Netzwerken

mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik wurden Themen vom Küstenschutz bis hin zu landwirtschaftlichen Fragestellungen untersucht (Grafik).

Wissenschaftler und Experten haben zum Beispiel neue Strategien für den Hochwasserschutz entwickelt, den Obstanbau verbessert und neue Bewässerungstechniken getestet. Außerdem untersuchten sie, wie sich steigende Temperaturen und Extremwetterlagen auf ältere Menschen sowie Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen auswirken. Die Ergebnisse wollen Politik und Wirtschaft in ihre Planungen und Entscheidungen einbeziehen.

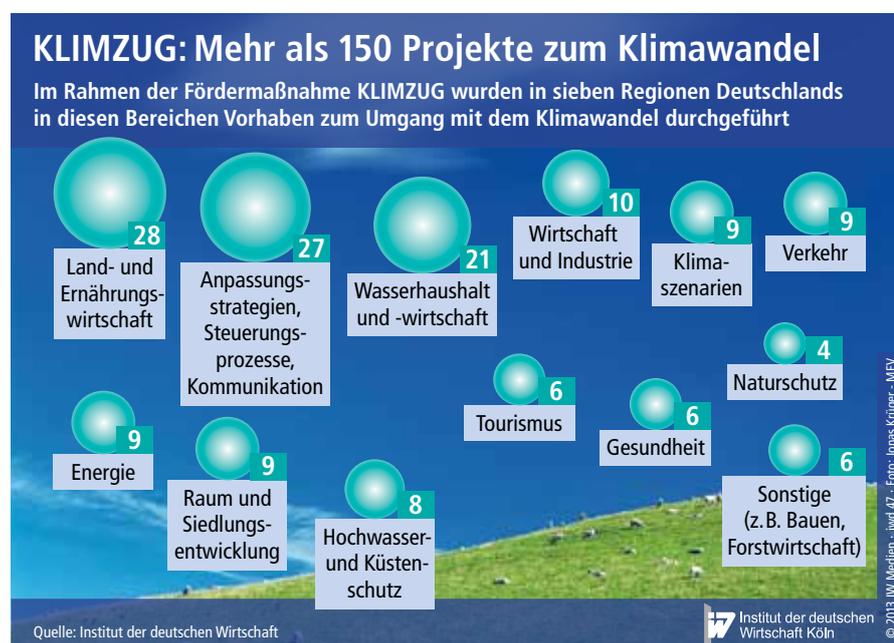
Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat die Fördermaßnahme KLIMZUG begleitet und bundesweit Vertreter aus Unternehmen und Gemeinden befragt, welche klimabedingten Veränderungen sie erwarten und wie der Klimawandel ihre Arbeit beeinflusst.

**Für Kommunen und Unternehmen sind vor allem Wetterextreme wie Frost, Hitzeperioden, Stürme und Starkregen ein Problem – beispielsweise weil sie den Transport von Materialien schwierig machen.**

Am stärksten spüren Land- und Forstwirtschaft, Wasserversorgung sowie der Bereich Gesundheit die Auswirkungen des Klimawandels.

Um diese so gering wie möglich zu halten, wurden praktische Lösungen erarbeitet: In Hamburg zum Beispiel gibt es nun innovative mobile Hochwasserschutzsysteme. Mithilfe von beweglichen Wänden, die sich schnell in Fenster und Türen einbauen lassen, sind Gebäude bei Hochwasser zuverlässig bis zu einer Höhe von einem Meter abgedichtet. In Nordhessen wurden Heutrocknungsanlagen entwickelt, die Solarenergie nutzen. So trocknen Heuballen innerhalb von 4 anstelle der üblichen 20 Stunden. Ein weiteres Beispiel ist das Hitzetelefon „Sonnenschirm“ in Kassel: Es informiert kostenlos über alle Hitzewarnungen ab Stufe 2 des Deutschen Wetterdienstes und gibt Verhaltenstipps.

Gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft und Kommunen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu erforschen und umzusetzen, hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Es bleibt zu hoffen, dass die regionalen Netzwerke auch ohne Förderung bestehen bleiben und die erarbeiteten Strategien von anderen Regionen übernommen werden.



Weitere Informationen gibt es unter [www.klimzug.de](http://www.klimzug.de)

# Kantine, Kicker, Kita

**Nicht-monetäre Vergütungen.** Geld allein macht nicht glücklich – diese Weisheit gilt auch im Job. Unternehmen, die ihren Mitarbeitern etwas Gutes tun wollen, erhöhen deshalb nicht nur die Gehälter, sondern bieten auch mal ganz handfeste Extras an.

Es gibt viele Möglichkeiten für Arbeitgeber, ihre Beschäftigten mit nicht-monetären Vergütungsbestandteilen bei der Stange zu halten: Das kann ein Firmenwagen sein, eine kostenlose Mitgliedschaft im Fitnessclub oder ein schickes Eckbüro. Auch Betriebskindergärten, bezuschusste Englischkurse und simple Kickertische im Pausenraum kommen bei den Mitarbeitern oft besser an als der entsprechende Gegenwert in bar.

Eine einheitliche Definition, was genau solche nicht-monetären Zusatzleistungen sind, gibt es nicht. Gemeinsam ist ihnen lediglich, dass die Kosten dafür der Arbeitgeber trägt. Weil der damit – anders als bei Gehaltszahlungen – auch den Verwendungszweck vorgibt, trifft das Extra aber nicht immer den Geschmack oder die Bedürfnisse aller.

Am weitesten verbreitet ist hierzulande – wenn auch mit abnehmender Tendenz – die vom Chef subventionierte Mittagsverpflegung (Grafik):

**Jeder sechste Arbeitnehmer kam 2010 in den Genuss einer Betriebskantine oder eines Essenszuschusses.**

Nicht ganz so häufig, aber immer öfter erhalten Mitarbeiter technische Goodies: Jeder sechzehnte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bekam 2010 von seiner Firma ein Han-

## Die Goodies der Arbeitgeber

So viel Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland erhielten folgende Extras

	2006	2008	2010
verbilligtes Essen in der Betriebskantine oder einen Essenszuschuss	18,5	16,8	16,0
ein Handy für den privaten Gebrauch oder die Übernahme von privaten Telefonkosten	5,8	5,4	6,1
einen Firmenwagen für die private Nutzung	4,9	4,9	5,4
einen Computer/Laptop für zu Hause	3,7	3,6	4,5

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: in Voll- und Teilzeit  
Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 47

dy für den Privatgebrauch, jeder achtzehnte einen Firmenwagen, den er auch in seiner Freizeit nutzen durfte, und jeder zweiundzwanzigste einen PC für zu Hause.

Es gibt viele Gründe, warum Arbeitgeber sich neben dem Gehalt, das sie ihren Beschäftigten monatlich zahlen, auch für gastronomische oder gesundheitsfördernde Angebote einspannen lassen:

- Unternehmen können ihren Mitarbeitern Waren und Dienstleistungen in der Regel **kostengünstiger anbieten**, weil ein Betrieb aufgrund des größeren Nachfragevolumens oft Mengenrabatte aushandeln kann.
- Mithilfe von Gesundheitsprogrammen, Betriebskindergärten oder exklusiven Vertriebsprämien – Stichwort Sportwagen – lässt sich ein **attraktives Arbeitgeberimage** aufbauen, das die Bindung der Mitarbeiter an die Firma fördert und der gezielten Anwerbung bestimmter Beschäftigtengruppen dient.

- Kinderbetreuung, Firmen-Handys und -Laptops ermöglichen ein **flexibleres und entspannteres Arbeiten**. Viele Extras fördern zudem die bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**.

- Die gezielte Vergabe knapper Ressourcen an Mitarbeiter, die besonders leistungsstark sind, erhöht die **Arbeitsmotivation**, ohne dass solche „Statussymbole“ die leer ausgegangenen Mitarbeiter gänzlich demotivieren. Ein knappes Gut kann ein kostenloser Firmenparkplatz oder aber auch ein größeres Büro sein.

- Arbeitgeber, die Extras bieten, **erhöhen die Produktivität** nachweislich mehr als solche, die lediglich mehr Geld in Aussicht stellen. In einem Experiment steigerten Mitarbeiter, denen eine Sachprämie winkte, ihren Arbeitseinsatz um durchschnittlich 25 Prozent. Die Ankündigung eines höheren Stundenlohns hatte dagegen keinen Effekt auf die Arbeitsleistung.

# Weiterhin links

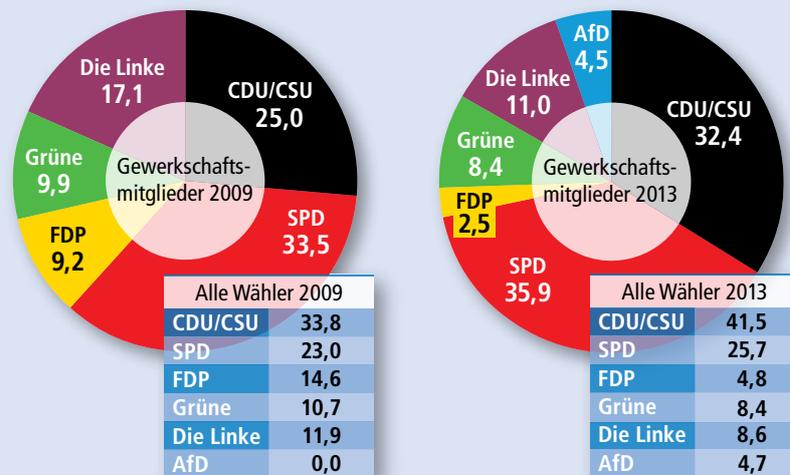
**Gewerkschaften.** Vor einigen Jahren war der Unterschied noch deutlich größer, bei der jüngsten Bundestagswahl aber haben sich die Gewerkschaftsmitglieder dem allgemeinen Wahlrend angepasst und orientierten sich mehr in die politische Mitte. Unter dem Strich wählen sie allerdings immer noch mehrheitlich links.

Nachdem sich die schwarz-gelbe Regierung im September verabschieden musste, bahnt sich eine Große Koalition an. Dies dürfte auch den Gewerkschaftern gefallen, stimmten doch immerhin fast 70 Prozent von ihnen für CDU/CSU und SPD.

Die Unionsparteien legten im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 bei den Wählern insgesamt um 7,7 Prozentpunkte zu. Mit 7,4 Punkten fiel das Plus bei den Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder nicht viel kleiner aus (Grafik). Dies ist ein erstaunliches Ergebnis, hatten sich doch Merkel und Co. eindeutig gegen den

## Wie Gewerkschafter wählen

Bundestagswahl-Ergebnisse in Prozent



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 47

allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn ausgesprochen.

Bei der SPD ging es nach den Verlusten 2005 und 2009 wieder leicht aufwärts – mit einem Plus von 2,7 Prozentpunkten bei allen bzw. 2,4 Punkten bei den Gewerkschaftern. Dass die SPD als Arbeiterpartei keine größere Resonanz bei den Anhängern von ver.di und Co. findet, hängt immer noch mit den Hartz-Reformen von 2003 zusammen. Damals wanderten viele Gewerkschafter zur Linken ab. Inzwischen machen die Sozialdemokraten aber wieder Boden gut: Die SPD tritt für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro ein, will die Zeitarbeit zurückdrängen und befristete Arbeitsverträge abschaffen – alles Themen, die Gewerkschaftsfunktionären und -mitgliedern gleichermaßen gefallen.

**Die kleineren Parteien mussten am 22. September sowohl bei allen Wählern als auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern Verluste hinnehmen.**

Die FDP flog infolgedessen aus dem Bundestag. Aber auch die Linke verlor: insgesamt 3,3 Prozentpunkte, bei den Gewerkschaftern sogar 6,1 Punkte.

Das Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern spiegelt zwar das Prinzip der Einheitsgewerkschaft wider, die weltanschauliche Interessen bündeln und parteipolitisch neutral sein will. Insgesamt haben die Gewerkschafter – wenngleich mit rückläufiger Tendenz – aber doch mehrheitlich links gewählt. Bei der Wahl 2009 kamen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zusammen auf 60,5 Prozent der Gewerkschafterstimmen, vier Jahre später waren es 55,3 Prozent.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Aboservice:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**iw.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.